

---

## Die DDR als Teil eines alternativen Europas? *Die Fédération mondiale des villes jumelées* (FMVJ) und die kommunale Außenpolitik Ostdeutschlands in den 1960er Jahren

Christian Rau

---



### Édition électronique

URL : <https://journals.openedition.org/Allemagne/1344>

DOI : 10.4000/Allemagne.1344

ISSN : 2605-7913

### Éditeur

Société d'études allemandes

### Édition imprimée

Date de publication : 2 juillet 2019

Pagination : 7-19

ISSN : 0035-0974

### Référence électronique

Christian Rau, „Die DDR als Teil eines alternativen Europas? *Die Fédération mondiale des villes jumelées* (FMVJ) und die kommunale Außenpolitik Ostdeutschlands in den 1960er Jahren“, *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande* [Online], 51-1 | 2019, Online erschienen am: 02 Juli 2020, abgerufen am 18 Mai 2021. URL: <http://journals.openedition.org/Allemagne/1344> ; DOI: <https://doi.org/10.4000/Allemagne.1344>

---

*Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande*

## Die DDR als Teil eines alternativen Europas? *Die Fédération mondiale des villes jumelées* (FMVJ) und die kommunale Außenpolitik Ostdeutschlands in den 1960er Jahren

■ Christian Rau\*

Die europäische Integration sollte von Anfang an kein exklusives Elitenprojekt sein. Sie sollte zugleich zum Ausgangspunkt eines langfristigen Demokratisierungsprozesses nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs werden, weshalb sie als breites gesellschaftliches Projekt angelegt war. So sollte die in Paris 1951 besiegelte Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, die den Grundstein für die Bildung supranationaler Institutionen legte<sup>(1)</sup>, parallel durch Initiativen „von unten“ flankiert und unterstützt werden. Eine besondere Rolle hierbei spielten Städtepartnerschaften. 1951 wurde ebenfalls das *Council of European Municipalities and Regions* (CEMR) eingerichtet, das die Popularisierung der europäischen Friedensidee zum Ziel hatte und möglichen Vorbehalten gegenüber supranationalen Institutionen durch die Schaffung lokaler Partizipations- und Kontaktmöglichkeiten über nationale Grenzen hinweg begegnen sollte. Maßgeblich unterstützt wurde das CEMR durch die katholisch-orthodox geprägte französische Organisation *La Fédération*, die den Europa-Gedanken mit den mittelalterlich-christlichen Traditionen des Kontinents verband<sup>(2)</sup>. Eine bedeutende Rolle spielte zunehmend auch der Jugendaustausch, der infolge des 1963 vom französischen Präsident Charles de Gaulle und vom westdeutschen Bundeskanzler Konrad Adenauer unterzeich-

---

\* Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Post-Doc am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin.

1 Eine auf dem neusten Stand der Forschung befindliche Zusammenfassung bietet Bo STRÅTH, *Europe's utopias of peace. 1815, 1919, 1951*, London/Oxford/New York/Neu Delhi/Sydney, Bloomsbury Academic, 2016, S. 352-368.

2 Antoine VION, „L'invention de la tradition des jumelages (1951-1956). Mobilisations pour un droit“, *Revue française de science politique*, 53/4 (2003), S. 559-582; Robert BELOT, „Le jumelage des villes. Avatars d'une ‚bombe de paix‘ dans la guerre froide“, in: Antoine FLEURY, Lubor JÍLEK (Hg.), *Une Europe malgré tout, 1945-1990. Contacts et réseaux culturels, intellectuels et scientifiques entre Européens dans la guerre froide*, Brüssel/Bern/Berlin, PIE Peter Lang, 2009, S. 367-382.

neten deutsch-französischen Freundschaftsvertrags, dem Élysée-Vertrag, noch einmal intensiviert wurde<sup>(3)</sup>. Die Versöhnung der einst verfeindeten Staaten Deutschland und Frankreich erhielt damit eine europäische Rahmung, die sich durch politische, wirtschaftliche und kulturelle Verflechtungen auszeichnen sollte.

Nicht erst in letzter Zeit wird die über Jahrzehnte linear erscheinende Erfolgsgeschichte der Europäischen Union (EU) durch das Erstarken rechtspopulistischer Strömungen insbesondere an ihren Rändern infrage gestellt und werden gleichzeitig alternative Europa-Bilder kultiviert. Vielmehr waren die EU und ihre Vorgängerinnen zu keinem Zeitpunkt alternativlos und unumstritten, sondern immer auch Projektionsflächen von Niedergangsgeschichten und Bedrohungsszenarien, mit denen sich ihre Befürworter auseinandersetzen mussten. Auch nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags war die öffentliche Meinung in beiden Unterzeichnerstaaten noch alles andere als euphorisch. Zeitgenössische Medien im konservativen Umfeld beider Staaten berichteten bestenfalls wohlwollend über das Ereignis; moderate linke deutsche und französische Zeitungen meldeten dagegen Skepsis bezüglich einer möglichen französischen Hegemonie an; kommunistische, aber auch liberale und christdemokratische Organe bekundeten unverhohlen ihre Ablehnung<sup>(4)</sup>. Auch in Ost-Berlin, der Hauptstadt des anderen, kommunistisch regierten deutschen Teilstaates, der Deutschen Demokratischen Republik (DDR), liefen die Druckerpressen heiß. Das *Neue Deutschland*, Zentralorgan der hegemonial regierenden Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), bezeichnete das Vertragswerk im Einklang mit der sowjetischen Bewertung als „Kriegspakt Bonn-Paris“ und berichtete intensiv über die in der Bundesrepublik und Frankreich öffentlich zu vernehmenden Gegenstimmen sowie die Auseinandersetzungen zwischen „Atlantikern“ und „Gaullisten“ in der Regierungspartei Christlich-Demokratische Union (CDU)<sup>(5)</sup>.

Die offizielle Bewertung des Élysée-Vertrags durch die SED lässt sich damit nicht nur als sozialistischer oder ostdeutscher Gegendiskurs beschreiben, vielmehr konnte sie auch Teil eines alternativen Europadiskurses werden. Dies umso mehr, als die DDR zu diesem Zeitpunkt trotz der Abschottung infolge des Baus der Berliner Mauer am 13. August 1961 bereits Teil eines imaginierten europäischen Raums war, der sich über Städtepartnerschaften konstituierte und durch die *Fédération mondiale des villes jumelées* (FMVJ), einer transnationalen Nichtregierungsorganisation, diskursiv gerahmt wurde. Städtepartnerschaften bildeten in dieser Perspektive nicht nur Kontaktzonen, um dem außerhalb des „Ostblocks“ weitgehend international isolierten Staat vor-diplomatische Beziehungen zu „westlichen“ Staaten zu ermöglichen<sup>(6)</sup>, sondern fungierten überdies als Projektionsflächen alternativer Europadiskurse.

3 Ansbert BAUMANN, *Begegnung der Völker? Der Élysée-Vertrag und die Bundesrepublik Deutschland. Deutsch-französische Kulturpolitik von 1963 bis 1969*, Frankfurt am Main, Peter Lang, 2003; Corine DEFRAANCE, Ulrich PFEIL (Hg.), *Der Élysée-Vertrag und die deutsch-französischen Beziehungen 1945-1963-2003*, München, Oldenbourg, 2005.

4 Ulrich LAPPENKÜPER, *Die deutsch-französischen Beziehungen 1949-1963. Von der „Erbfeindschaft“ zur Entente élémentaire*, Bd. II: 1958-1963, München, Oldenbourg, 2001, S. 1783f.

5 Kriegspakt Bonn-Paris unterzeichnet, in: *Neues Deutschland*, 24.01.1963, S. 2.

6 Ulrich PFEIL, *Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949-1990*, Köln/Weimar/Wien, Böhlau, 2004, S. 381-393; Thomas HÖPEL, „Die Kunst dem Volke“. *Städtische Kulturpolitik in Leipzig und Lyon 1945-1989*, Leipzig, Universitätsverlag, 2011, S. 291-319; Christian

Obwohl die gegenwärtige Infragestellung der europäischen Erfolgsgeschichte auch die Geschichtswissenschaft in den letzten Jahren für historische Konstruktionsprozesse europäischer Räume sensibilisiert hat<sup>(7)</sup> und aus der DDR-Forschung schon vor Jahren Stimmen laut wurden, die DDR in ihren europäischen Bezügen zu erforschen<sup>(8)</sup>, tut sich die Forschung bislang schwer damit, den politisch-kulturellen „Ort“ der DDR in Europa zu bestimmen. Jana Wüstenhagen kam in einem ersten Aufschlag zu dem Ergebnis, dass „neither in East Germany nor in any other Eastern Bloc country do we know of federal conceptions of Europe“. Allenfalls in oppositionellen und dissidentischen Milieus hätten vereinzelt politisch-kulturelle Europabilder zirkuliert<sup>(9)</sup>. Dabei fehlt es jedoch an der nötigen Differenzierung. Noch immer werden die politischen Akteure des SED-Regimes als homogenes, auf den inneren Führungszirkel der SED zugeschnittenes Gebilde betrachtet. Dieser Beitrag geht einen anderen Weg. Anstatt zentraler Instanzen (SED, Ministerien) rückt er das Verhältnis zwischen der FMVJ sowie dem 1957 gegründeten *Deutschen Städte- und Gemeindetag der DDR* (DStuG)<sup>(10)</sup> als intermediärem Akteur zwischen Kommunen, Außenministerium und FMVJ ins Zentrum der Analyse. Durch diese Perspektiverweiterung wird deutlich, dass der politische Raum „Europa“ gerade in den 1960er Jahren Teil des staatsoffiziellen Diskurses werden konnte. Die Frage, warum es letztlich bei Ansätzen blieb, steht im Zentrum dieses Beitrags.

## 1. Europa des „Humanismus“: Die DDR und die FMVJ 1960-1962

Der Bau der Berliner Mauer bedeutete nicht nur die Schließung der letzten noch verbliebenen Tür im „Eisernen Vorhang“. Zugleich läutete der 13. August 1961 eine Phase des Austestens eigenständiger nationaler Politikansätze ein, welche die letzten

---

WENKEL, *Auf der Suche nach einem „anderen Deutschland“. Das Verhältnis Frankreichs zur DDR im Spannungsfeld von Perzeption und Diplomatie*, München, Oldenbourg, 2014, S. 209f.; Lucie FILIPOVÁ, *Erfüllte Hoffnung. Städtepartnerschaften als Instrument der deutsch-französischen Aussöhnung, 1950-2000*, Göttingen, Vandenhoeck & Ruprecht, 2015; Corine DEFRANCE, Tanja HERMANN, *Städtepartnerschaften. Ein Instrument der „Versöhnung“ von unten?*, in: Corine DEFRANCE, Ulrich PFEIL (Hg.), *Verständigung und Versöhnung nach dem „Zivilisationsbruch“? Deutschland in Europa nach 1945*, Brüssel, PIE Peter Lang, 2016, S. 585-603.

- 7 Als Beispiele für die jüngere historiographische Auseinandersetzung mit Europa-Bildern in der Zeitgeschichte des 20. Jahrhunderts: Frank BÖSCH, Ariane BRILL, Florian GREINER (Hg.), *Europabilder im 20. Jahrhundert. Entstehung an der Peripherie*, Göttingen, Wallstein, 2012; Patrick BREDEBACH, *Das richtige Europa schaffen. Europa als Konkurrenzthema zwischen Sozial- und Christdemokraten – Deutschland und Italien von 1945 bis 1963 im Vergleich*, Göttingen, V & R Unipress, 2013; Angela ROMANO, Federico ROMERO (Hg.), *European Socialist Regimes facing Globalisation and European Cooperation: Dilemmas and Responses*, *European Review of History*, 21/2 (2014); Dieter GOSEWINKEL (Hg.), *Anti-liberal Europe. A Neglected Story of Europeanization*, New York/Oxford, Berghahn Books, 2015; *European Review of History*, 24/6 (2017): *The Bonds That Unite? Historical Perspectives on European Solidarity*, Florian GREINER, Jan VERMEIREN (Hg.).
- 8 Thomas LINDENBERGER, „Ist die DDR ausgeforscht? Phasen, Trends und ein optimistischer Ausblick“, *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 64/24-26 (2014), S. 27-32.
- 9 Jana WÜSTENHAGEN, *Communist Europeanism. A Case Study of the GDR*, in: D. GOSEWINKEL (Hg.), *Anti-liberal Europe* (Anm. 7), S. 157-178, hier S. 169.
- 10 „Deutscher Städte- und Gemeindetag, 1957-1974“, in: Andreas HERBST, Winfried RANKE, Jürgen WINKLER (Hg.), *So funktionierte die DDR*, Bd. 1, Hamburg, Rowohlt, 1994, S. 233.

zehn Jahre unter Staats- und Parteichef Walter Ulbricht prägen sollten. Im Innern zählten dazu vor allem Lockerungen innerhalb des zentralistischen Systems der Wirtschaftsplanung, deren Effizienz durch die Implementierung dezentraler und marktwirtschaftlicher Elemente gesteigert werden sollte, sowie Versuche zur Erweiterung von Handlungsspielräumen kommunaler Akteure<sup>(11)</sup>. Auch in der Außenpolitik sollten letztere künftig eine größere Rolle spielen. Die 1960er Jahre waren geradezu konstitutiv für das Feld der kommunalen Außenpolitik. Zwar hatte es bereits in den 1950er Jahren Kontakte zwischen Städten der DDR und anderer europäischer Länder gegeben. Diese waren aber nur lose mit außenpolitischen Zielstellungen verknüpft und basierten zum Teil auf älteren Verbindungen oder Kontakten zwischen Vertretern sozialistischer/kommunistischer Parteien. Bereits im Jahr 1960 erfuhr das Feld der kommunalen Außenpolitik aber eine wichtige institutionelle Erweiterung. Im April des Jahres traten sechs Städte der DDR der FMVJ bei (Dresden, Bitterfeld, Cottbus, Dessau, Gera und Zwickau). Bis 1962 kamen Rostock und Weimar hinzu, 1966 waren es bereits 21 Mitgliedsstädte, Anfang der 1970er Jahre schon 32<sup>(12)</sup>.

Mit der FMVJ betrat die DDR einen transnationalen Diskursraum, dessen Akteure sich als außerhalb der „großen Politik“ und der Großideologien stehend begriffen. Gleichwohl war die FMVJ nicht im unpolitischen Raum entstanden. Sie formierte sich vielmehr im Kontext inner-französischer Konflikte um die Bildung supranationaler europäischer Institutionen. Parallel zum CEMR wurde 1951 die Organisation *Monde Bilingue* als Vorläuferin der FMVJ gegründet. Dabei handelte es sich um ein Projekt ehemaliger *Résistance*-Mitglieder, die die Popularisierung der vom französischen Bildungsministerium vorangetriebenen bilingualen Erziehung zum Ziel hatten und sich verstärkt dem Austausch von Lehrern auf lokaler Ebene widmeten. Nachdem 1954 mit der europäischen Verteidigungsgemeinschaft, die vom CEMR und von *La Fédération* massiv unterstützt wurde, von der Mehrheit des französischen Parlaments abgelehnt worden war und im Jahr darauf die Wiederbewaffnung Westdeutschlands einsetzte, entwickelte sich *Monde Bilingue* zunehmend zum Sammelbecken von Sozialisten, Liberalen, Christen und Gaullisten, die eine Remilitarisierung Deutschlands sowie eine damit assoziierte institutionell abgestützte europäische Integration ablehnten und ihrerseits ein Gegengewicht zum CEMR wollten. Die Kontakte von *Monde Bilingue* beschränkten sich nicht nur auf europäische Länder mit starken sozialistischen Parteien (vor allem Frankreich, Großbritannien und Italien), sondern reichten bis in die USA und Kanada<sup>(13)</sup>. Zugleich öffnete sich *Monde Bilingue* seit Mitte der 1950er Jahre

11 André STEINER, *Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül*, Berlin, Akademie Verlag, 1999; Christian RAU, „Socialism from Below: Kommunalpolitik in the East German Dictatorship between Discourse and Practice“, *German History*, 36/1 (2018), S. 60-77.

12 Zu den Zahlen vgl. Sektion DDR der Weltföderation der Partnerstädte, Entwurf, Zur Stellungnahme durch die Partnerstädte der DDR, 15.08.1962, Bundesarchiv Berlin-Lichterfelde (BA), DZ 4/232, unfol.; FMVJ-Korrespondenzen, Nr. 6 vom Juni 1966, BA, DY 13/2972, unfol.; DStuG, Generalsekretär der Vereinigung der Mitgliedsstädte der DDR in der Weltföderation der Partnerstädte, Willi-Peter Konzok, Standpunkt zum Vorschlag Bressands, mich im Anschluß an seinen Besuch bei Bürgermeister Schütz in West-Berlin am 20. Januar 1971 aufzusuchen, 13.01.1971, Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA), M 1 C/2842, fol. 148.

13 Ingo BAUTZ, *Die Auslandsbeziehungen der deutschen Kommunen im Rahmen der europäischen Kommunalbewegung in den 1950er und 60er Jahren*, Diss., Siegen, 2002, S. 315-319.

auch für Kontakte in die Sowjetunion<sup>(14)</sup>, die bereits seit den 1940er Jahren nach Verbindungen zu transnationalen Organisationen strebte, um für den Zusammenhang von Internationalismus, Kommunismus und Weltfrieden als Alternative zum Narrativ des Kalten Krieges zu werben<sup>(15)</sup>. Unter Stalins Nachfolger Chruschtschow erweiterten sich diese Bestrebungen auf technische und wissenschaftliche Kontakte in die „westliche“ Welt<sup>(16)</sup>. Als *Monde Bilingue* 1957 als FMVJ in Aix-les-Bains neugegründet wurde, hatte sie sich unlängst zu einer Konkurrenzorganisation zum CEMR entwickelt. Dessen europäische Unterstützer, zu denen etwa die westdeutsche und die britische Regierung gehörten, ließen seither kaum eine Gelegenheit ungenutzt, um die FMVJ als kommunistisch infiltriert zu diffamieren<sup>(17)</sup>. Die westdeutsche konservative Presse flankierte diesen Diskurs medial und warnte mitunter gar davor, dass es sich hierbei um eine „Handlangerin“ von SED-Chef Ulbricht handele<sup>(18)</sup>.

Der sich hierin manifestierende Ost-West-Konflikt bzw. deutsch-deutsche Systemkonflikt schien die Protagonisten der FMVJ jedoch kaum zu tangieren. In ihren Echokammern, d.h. in ihren offiziellen und internen Presseorganen, propagierten vor allem der die FMVJ prägende Generalbevollmächtigte Jean-Marie Bressand und Mitbegründer Jean Maurice Chevallier unablässig ihre Vision eines Europas, das sich als Kulturraum auf seine humanistischen Wurzeln in der französischen Aufklärung berufen sollte. Das negativ konnotierte Gegenbild dazu bildete die europäische Integration, welche Chevallier in einem programmatischen Aufsatz von 1960 einzig als elitäres Expansionsprojekt imperialistischer Kräfte betrachtete. Die sich hierin manifestierende „Herrschaft der Technik“ werde, so Chevalliers Szenario, „immer größere geographische Räume umfassen“, zu einer weiteren Entfernung vom Menschen führen und einen neuen globalen Krieg entfachen. Damit bezogen sich die ehemaligen *Résistance*-Mitglieder auf den modernen Planungsdiskurs und seine Auswüchse, etwa im NS-Deutschland der 1930er Jahre. Der kommunale Austausch sollte dazu beitragen, die humanistische Tradition wieder zu stärken. Dies sollte nicht zuletzt durch einen forcierten Austausch zwischen den „Industrienationen“ und den „Entwicklungsländern“ Afrikas realisiert werden, denen Entwicklungshilfe in Form von Elitenausbildung zukommen sollte. Afrika galt den Protagonisten der FMVJ zum einen als rückständig und hilfsbedürftig, zugleich aber auch als Sehnsuchtsort einer nicht von der „Herrschaft der Technik“ überformten Zwischenmenschlichkeit<sup>(19)</sup>. Genuin inner-afrikanische Konflikte wurden indes zu jeder Zeit ausgeblendet, das Afrika-Bild

14 Thomas GOMART, *Double détente. Les relations franco-soviétiques de 1958 à 1964*, Paris, Presses de la Sorbonne, 2003, S. 124-146.

15 Petra GÖDDE, „Globale Kulturen“, in: Akira IRIYE, Jürgen OSTERHAMMEL (Hg.), *Geschichte der Welt. 1945 bis heute: Die globalisierte Welt*, München, C.H. Beck, 2013, S. 535-669, hier S. 548f.

16 Jens NIEDERHUT, „Grenzenlose Gemeinschaft? Die scientific community im Kalten Krieg“, *Osteuropa* 59/10 (2009), S. 57-68.

17 Für Großbritannien vor allem Nick CLARKE, „Town twinning in Cold-War Britain. (Dis)continuities in twentieth-century municipal internationalism“, *Contemporary British History*, 24/2 (2010), S. 173-191; DERS., „Globalising care? Town twinning in Britain since 1945“, *Geoforum*, 42/1 (2011), S. 115-125.

18 *Die Welt*, 12.02.1964.

19 Jean Maurice CHEVALLIER, *Neue Berufung der Städte*, Übersetzung, o.D., BA, DZ 4/232, unfol.

der FMVJ blieb zutiefst eurozentriert und war, aller anti-imperialistischen Bekundungen zum Trotz, nicht frei von kolonialen Denkmustern.

An Teile dieses Diskurses konnte der DStuG anknüpfen, dessen Repräsentanten die DDR in der FMVJ seit 1960 vertraten. Am 1. August des Jahres bildete der DStuG eine Sektion DDR der FMVJ unter seinem Dach, um die Aktivitäten der Mitgliedstädte in enger Fühlungnahme mit der FMVJ und dem Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der DDR (MfAA) zu koordinieren. Mit Gustav Seifried (1904-1985) wurde der Oberbürgermeister der Mitgliedstadt Zwickau zum Vorsitzenden der Sektion gewählt, zum Sekretär wurde in Personalunion der jeweilige Geschäftsführer des DStuG bestellt<sup>(20)</sup>. Die Wahl Seifrieds macht deutlich, dass es vor allem die ehemaligen *Résistance*-Mitglieder in der FMVJ waren, von denen man sich Unterstützung erhoffte. Denn bei Seifried handelte es sich um einen kampferprobten Kommunisten, der sich nach seiner Desertion in Royan dem Widerstandskampf in Frankreich und Belgien angeschlossen hatte<sup>(21)</sup>.

Umgekehrt bedeuteten Städtepartnerschaften mit der DDR für die ehemaligen französischen *Résistance*-Mitglieder eine Erweiterung ihres transnationalen Erinnerungsraums<sup>(22)</sup>. Entsprechend bemühten sich die Vertreter des DStuG, vor allem „ihre“ Städte, in denen sie als (Ober-)Bürgermeister wirkten, als Orte der Verbindung von humanistischem Erbe und sozialistischem Aufbau durch Partizipation breiter Bevölkerungsschichten zu inszenieren. Städtepartnerschaften sollten nicht mehr, wie dies bisher häufig geschah, Arenen des Klassenkampfes sein, sondern die „Normalität“ des sozialistischen Alltags abbilden, an dem alle „Schichten“ vom Bauern über Arbeiter bis hin zum Kulturschaffenden mitwirkten<sup>(23)</sup>. Damit boten Städtepartnerschaften auch Anknüpfungspunkte für die heterogene Diskurslandschaft innerhalb der FMVJ. So wurden für eine erste Reise hochrangiger FMVJ-Mitglieder im November 1960 gezielt Städte und Gemeinden ausgewählt, die ein vielschichtiges positiv-besetztes DDR-Bild vermitteln sollten, das wiederum Anknüpfungspunkte für verschiedene transnationale Diskurse bot. Auf dem Programm standen Eisenhüttenstadt (bis 1961 offiziell StalinStadt) als sozialistische Planstadt, Cottbus, Schwarze Pumpe (Ortsteil der brandenburgischen Stadt Spremberg und Standort eines großen Braunkohlekombinats), Dresden, Oberwiera (Gemeinde in Obersachsen und Standort einer großen LPG), Weimar, Leipzig, Potsdam und zum Schluss Ost-Berlin. Nach dem Besuch von Schwarze Pumpe etwa lobte FMVJ-Präsident Harry Stanley, zugleich Oberbürgermeister der britischen Stadt Coventry, weniger die „sozialistischen Errungenschaften“, sondern das friedliche Zusammenleben: „Ich fürchte nur, daß wir zu

20 Protokoll über die Zusammenkunft zur Bildung der Sektion Deutsche Demokratische Republik des Weltbundes der Partnerstädte am 1. August 1960 in Gera, BA, DY 13/2971, unfol.

21 Ulrich PFEIL, „„Alles begann mit der Jugend“. Die Städtepartnerschaft zwischen Saint-Étienne und Wuppertal (1960)“, in: Corine DEFANCE, Michael KISSENER, Pia NORDBLOM (Hg.), *Wege der Verständigung zwischen Deutschen und Franzosen nach 1945. Zivilgesellschaftliche Annäherungen*, Tübingen, Narr, 2010, S. 205-222, hier S. 216; *Neues Deutschland*, 20.08.1984, S. 5.

22 Cristina LÉON, *Zwischen Paris und Moskau. Kommunistische Vorstadtidentität und lokale Erinnerungskultur in Ivry-sur-Seine*, München, Oldenbourg, 2012, S. 232-270.

23 Sektion DDR der Weltföderation der Partnerstädte, Entwurf, Zur Stellungnahme durch die Partnerstädte der DDR, 15.08.1962, BA, DZ 4/232, unfol.

alt sind, um all die technischen Einzelheiten alle zu behalten. Aber wenn Sie über den Frieden sprechen, dann verstehen wir Sie in allen Einzelheiten.“ Delegationsmitglieder aus dem erst wenige Monate zuvor unabhängig gewordenen Senegal interessierten sich, auf der Suche nach potentiellen Unterstützern für den Aufbau im eigenen Land, dagegen stärker für technische Fragen bzw. die „sozialistische Moderne“. Die französischen Delegierten wiederum bewunderten die Kulturstätten des „alten“ Europas (Dresden, Weimar)<sup>(24)</sup>.

## 2. Vom „Humanismus“ zum „Humanitarismus“: Die DDR und die FMVJ seit 1962

Jedoch entwickelte sich die DDR in den Führungsgremien der FMVJ bald zum internen Streitfall. Denn während die ehemaligen *Résistance*-Mitglieder in der FMVJ darum bemüht waren, Europa als Erinnerungsraum des Widerstands zusammenzuführen, propagierten die ebenso einflussreichen Gaullisten innerhalb der Organisation de Gaulles Vision vom „Europa vom Atlantik bis zum Ural“. Mit dieser Formel hielt die Regierung de Gaulles einerseits die Erinnerung an Frankreichs Führungsrolle innerhalb Europas wach und gab dieser andererseits eine neue Relevanz, indem sich dieses „Europa“ gegen die Ausbreitung amerikanischer Einflüsse (NATO) und das potentielle Wiedererstarken Deutschlands auf europäischer Ebene (EWG) richtete. Nationale Grenzen sollten zudem nicht aufgeweicht werden<sup>(25)</sup>. Zwar einte Gaullisten und ehemalige *Résistance*-Mitglieder ihre Abneigung gegen die Bildung supranationaler Institutionen, erstere aber waren nicht ohne Umschweife dazu bereit, die DDR als Teil „ihres“ Europas der Nationen anzuerkennen. Diese Erfahrung machte Henri Jaquet, Bürgermeister der Schweizer Grenzstadt Le Locle und Mitbegründer der Organisation *Échanges franco-allemands* (1958), die eine federführende Rolle bei der Organisation ostdeutsch-französischer Städtepartnerschaften spielte. Nicht nur machte Jaquet keinen Hehl daraus, dass er den Élysée-Vertrag als Symbol der Stärkung des westdeutschen Nationalismus ablehnte, gleichzeitig versuchte er, mithilfe der DDR den Wirkungsbereich des Vertrages einzudämmen. Er bemühte sich die Vertreter des DStuG und des MfAA im Rahmen von Zusammenkünften zu ermuntern, die ostdeutsch-französischen Städtepartnerschaften auszubauen und die DDR-Städte parallel „bei den östlichen Ländern“ als „Vermittler der FMVJ“ auftreten zu lassen, um diesen die „Gefahren des westdeutsch-französischen Vertrages klarzumachen“<sup>(26)</sup>. Damit bediente Jaquet bestehende Ängste innerhalb der DDR, der Élysée-Vertrag werde auch innerhalb des „Ostblocks“ zur Aufweichung ideologischer Grenzen führen und damit die DDR destabilisieren<sup>(27)</sup>. Gleichwohl wurde in Ost-Berlin Jaquets vermeintlich wohlwollende Position gegenüber der DDR überschätzt. Nachdem das

24 Protokollarischer Bericht über die Reise der Delegation des Weltbundes der Partnerstädte durch die DDR vom 3.11. bis 9.11.1960, unkorrigiertes Exemplar, BA, DZ 4/148, unfol.

25 Ernst WEISENFELD, *Geschichte Frankreichs seit 1945. Von de Gaulles bis zur Gegenwart*, München, C.H. Beck, 1995, S. 153-155.

26 Bericht vom Empfang der Delegation des Exekutivrates der FMVJ beim stellvertretenden Außenminister STIBI am 11.11.1963, PA AA, M 1 A/18719, fol. 127; Bericht über den Besuch der Delegation des Exekutivrates der Weltföderation der Partnerstädte (FMVJ) in der Deutschen Demokratischen Republik in der Zeit vom 7. bis 16. November 1963, *ebd.*, fol. 119.

27 U. PFEIL, *Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen* (Anm. 6), S. 101-106.



*Neue Deutschland* am 13. September 1964 einen knappen Bericht über einen Besuch Jaquets im thüringischen Gera veröffentlicht hatte, der den Generalsekretär als Fürsprecher der internationalen Anerkennung der DDR darstellte<sup>(28)</sup>, erfuhr dieser heftigen Gegenwind von führenden FMVJ-Funktionären in Frankreich. So sei etwa Pierre Billotte, ehemaliger Verteidigungsminister Frankreichs, Mitglied der Gaullisten-Partei *Union pour la Nouvelle République* (UNR) und Präsident des Wirtschafts- und Kulturrates der FMVJ, von seinen Parteigenossen gefragt worden, „ob er unter diesen Umständen noch in der FMVJ mitzuarbeiten gedenke“<sup>(29)</sup>.

Wie wichtig die Unterstützung durch Regierung und UNR für die FMVJ war, wurde schon nach dem Beitritt der DDR-Städte 1960 deutlich, der nach außen hin zwar als Erfolg für die Erweiterung des Wirkungsraums der FMVJ inszeniert wurde, im Innern aber zu einer schweren Finanzkrise führte, da die französische Regierung ihre bis dahin gewährten Subventionen plötzlich einstellte, um die Gespräche mit Westdeutschland nicht zu gefährden<sup>(30)</sup>. Zwar etablierte sich die DDR innerhalb der FMVJ bald als zweitwichtigste finanzielle Stütze aus dem „Ostblock“ hinter der Sowjetunion mit jährlichen Mitgliedsbeiträgen von etwa 15.000 Francs (Stand: 1966)<sup>(31)</sup>, die Probleme der stetig wachsenden Organisation löste dies aber nicht. Hin- und hergerissen zwischen den sich im Hinblick auf den Umgang mit der DDR bildenden Lager innerhalb der FMVJ entschied sich Bressand dazu, die DDR-Vertreter auf Distanz zu halten. So erklärte Bressand etwa bei seinem Besuch in der DDR im Mai 1963 ganz offen, dass sich die FMVJ nicht allzu deutlich mit der DDR exponieren wolle<sup>(32)</sup>. Veranstaltungen der FMVJ fanden nicht zufällig öfter in westeuropäischen Städten statt, deren Staaten Vertretern der DDR die Einreise verweigerten oder sie bestenfalls über ein Visum für Staatenlose des *Allied Travel Office* der NATO in West-Berlin<sup>(33)</sup> einreisen ließen. Dementsprechend fanden auch die organisationspolitisch wichtigen Exekutivratstagungen mit einer Ausnahme (Warschau 1964) ohne Beteiligung ostdeutscher Vertreter statt<sup>(34)</sup>. Parallel arbeitete Bressand zielgerichtet daran, die FMVJ von ihren Europa-Bezügen zu lösen und damit implizit auch die europäischen Spannungslinien innerhalb der Organisation einzuhegen. Die Gelegenheit dazu bot die im

---

28 *Neues Deutschland*, 13.09.1964, S. 7.

29 Information über ein Gespräch des Verantwortlichen für das Afrikanische Informationsbüro im Senegal, Herrn Boujasson, mit dem Vorsitzenden der Sektion DDR der FMVJ, Gen. Oberbürgermeister Seifried (Zwickau) am 20. März 1965, PA AA, M 1 A/18719, fol. 16.

30 Bericht über die Aussprache mit dem Generalbevollmächtigten Jean-Marie Bressand und dem leitenden Mitarbeiter der Weltföderation Jean Rous, Berater des Präsidenten der Republik Senegal, 4. Mai 1963, BA, DY 13/2971, unfol.

31 Mitgliedsbeiträge an die FMVJ, 27.04.1966, PA AA, M 1 C/351/72, fol. 17.

32 Bericht über die Aussprache mit dem Generalbevollmächtigten Jean-Marie Bressand und dem leitenden Mitarbeiter in der Weltföderation Jean Rous (Anm. 30).

33 Henning HOFF, *Großbritannien und die DDR 1955-1973. Diplomatie auf Umwegen*, München, Oldenbourg, 2003, S. 19; Carel HORSTMAYER, „Die DDR und Belgien (1949-1972)“, in: Ulrich PFEIL (Hg.), *Die DDR und der Westen. Transnationale Beziehungen 1949-1989*, Berlin, Ch. Links, 2001, S. 309-328, hier S. 316.

34 Informationen über Erfahrungen der DDR aus der Mitgliedschaft in der FMVJ mit Schlußfolgerungen, August 1969, BA, DY 13/2971, unfol.

Zuge der forcierten Dekolonisierung wachsende Zahl „junger Nationalstaaten“, die auf der Suche nach internationalen Kontakten in der FMVJ offene Türen einrannten.

Die wachsende Bedeutung postkolonialer Staaten innerhalb der FMVJ hatte bereits 1962 einschneidende Folgen. Auf dem IV. Weltkongress der Partnerstädte in Coventry wurde auf massiven Druck durch Bressand der frankophile senegalesische Außenminister Doudou Thiam zum Präsidenten der FMVJ gewählt. Damit wurde mit der bisherigen Tradition gebrochen, nach der jeweils der Oberbürgermeister von Coventry die Präsidentschaft innehatte. Obwohl Thiam als Präsident lediglich eine repräsentative Funktion erfüllte, arbeitete er eng mit dem Präsidenten der Kontinental-Afrikanischen Union der Partnerstädte und zugleich Innenminister Senegals, Valdiodio N'Diaye, zusammen und engagierte sich für die FMVJ in der *United Nations Organisation* (UNO), die ihrerseits den postkolonialen Staaten eine wichtige Öffentlichkeit bot. Die Vertreter der DDR und der anderen in der FMVJ vertretenen sozialistischen Länder fühlten sich durch diesen Schritt nicht nur dupiert und werteten die Wahl als „undemokratisches“ Verhalten Bressands sowie Ausdruck einer nekolonialen Politik Frankreichs<sup>(35)</sup>. Zudem verloren sie mit dem Bürgermeister von Coventry einen wichtigen Unterstützer der DDR an der Spitze der FMVJ, der auch in der Medienöffentlichkeit für die DDR als demokratischen Staat warb<sup>(36)</sup>. Für Bressand seien die Engländer jedoch, so sein Urteil während eines Besuchs in der DDR im Mai 1963, zu konservativ und zurückhaltend; mit ihnen könne „eine so wichtige Institution wie die Weltföderation nicht vorangebracht werden“. Die Senegalesen seien dagegen jung und dynamisch<sup>(37)</sup>.

Die Wahl Thiams bedeutete zum einen, dass sich die FMVJ zunehmend von ihren ideologischen Bezügen zum europäischen „Humanismus“ löste und sich zum internationalen „Humanitarismus“ zuwandte. Zum anderen führte das Ereignis zu einer neuen Konfrontationslinie innerhalb der FMVJ entlang der ideologischen Grenzen des „Eisernen Vorhangs“. Gegenüber der DDR veränderte sich damit auch intern der Ton. Nunmehr waren die ostdeutschen Städte dazu aufgerufen, insbesondere afrikanischen verstärkt materielle Entwicklungshilfe zu leisten, was diese jedoch an die Grenze des Möglichen brachte. Zum einen mangelte es an hierfür nötigen Devisen, zum anderen machte dies eine stärkere Koordination mit dem MfAA notwendig, die bis dahin jedoch nicht bestand. Im Oktober 1962 etwa wies der 1. Vizepräsident des DStuG, Werner Manneberg, in einem Schreiben an das MfAA darauf hin, dass „dort, wo sich die Positionen der DDR in den neutralen und jungen Nationalstaaten gefestigt haben, es auf kommunalem Gebiet keinerlei Beziehungen gibt“<sup>(38)</sup>. Dass der DStuG aber kaum auf Unterstützung durch das MfAA hoffen konnte, macht ein weiterer Problembericht des DStuG vom 6. September 1963 deutlich, in dem dieser

35 Deutscher Städte- und Gemeindetag, 1. Vizepräsident Manneberg, Bericht über die Beratung der Mitglieder des Exekutivrates der Weltföderation der sozialistischen Länder und von Funktionären der Freundschaftsgesellschaften am 28.1.1963 in Prag/CSSR, 02.02.1963, *ebd.*, unfol.

36 Z.B. *Daily Worker*, London, 20.02.1962.

37 Bericht über die Aussprache mit dem Generalbevollmächtigten Jean-Marie Bressand und dem leitenden Mitarbeiter in der Weltföderation Jean Rous (Anm. 30).

38 Deutscher Städte- und Gemeindetag, Werner Manneberg, an Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Stellvertreter des Ministers, Gen. Schwab, 24.10.62, BA, DY 30/94556, fol. 287.

die „mangelnde Koordinierung zwischen den zentralen Institutionen, insbesondere seitens des MfAA“ einklagte<sup>(39)</sup>. Das machte es indes dem westdeutschen Auswärtigen Amt leicht, bereits bestehende Kontakte zwischen senegalesischen und westdeutschen Außen- und Kommunalpolitikern zu nutzen, um konkrete Entwicklungshilfe zu ermöglichen. So scheiterte eine fast schon besiegelte Städtepartnerschaft zwischen Kaolack und Rostock im April 1962, weil Gelsenkirchen den Senegalesen konkrete Hilfe beim Aufbau der städtischen Trinkwasserversorgung zugesichert hatte, die der DStuG nicht anbieten konnte<sup>(40)</sup>. Dass diese Form der Entwicklungshilfe letztlich eher symbolischen Charakter hatte und ferner dem Ziel diente, die DDR aus Afrika herauszuhalten, steht auf einem anderen Blatt.

Während sich im Innern der FMVJ die Fronten verhärteten, konnte die FMVJ in ihren Außenbeziehungen Erfolge vermelden. Ohne dass Warnungen vor kommunistischen Einflussversuchen gänzlich verstummten, stieß die FMVJ zunehmend auf Fürsprecher. Bereits im April 1963 erlangte die FMVJ auf Antrag Senegals den beratenden Status B bei der UNO<sup>(41)</sup>, 1966 konnte nach mehreren Debatten der Status A bei der UNESCO wie auch beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC) erlangt werden<sup>(42)</sup>. Zudem wurde die FMVJ innerhalb der westdeutschen Öffentlichkeit zur Projektionsfläche für erste Ansätze des sozialdemokratischen Annäherungsdiskurses, der am Ende der 1960er Jahre in die Neue Ostpolitik münden sollte. Dass die FMVJ die Bildung supranationaler Institutionen in Europa mindestens mit Skepsis sah, während die SPD diese befürwortete, spielte dabei keine Rolle. So forderte etwa die SPD-nahe *Hannoversche Presse* in einem Beitrag vom Frühjahr 1964 die Akzeptanz der deutschen Zweistaatlichkeit (ohne damit den gesamtdeutschen Kulturraum infrage zu stellen) als Voraussetzung für ein vertieftes Engagement Deutschlands in Afrika. Der Beitrag, der in fast gleichem Wortlaut parallel in der *Neuen Ruhr-Zeitung* erschien, kritisierte die Bundesregierung als Blockierer der Dekolonisierung, weil sie „Afrikas Sehnsucht nach Freundschaft mit ganz Deutschland“ scheitern ließe, während er die DDR im Rahmen der FMVJ als sich öffnender und „normalisierender“, aber immer weniger gefährlicher Staat präsentierte<sup>(43)</sup>.

Auch Bressand bediente diesen Diskurs, indem er im September 1965 zu Verhandlungen mit westdeutschen Kommunalpolitikern nach Siegburg nahe der Bundeshauptstadt Bonn fuhr, um Möglichkeiten für die Aufnahme westdeutscher Partnerstädte in die FMVJ auszuloten. Das Ergebnis der Verhandlungen war ein 4-Punkte-Papier, das eine Mitgliedschaft westdeutscher Kommunen in Aussicht stellte, wenn Deutschland als eine „kulturelle und menschliche Einheit“ anerkannt würde und der Austausch „alle Schichten der Bevölkerung“ umfasse. Während die französischen und senegalesischen Vertreter im Exekutivrat für die Annahme des Papiers stimmten, lehnten die sozialistischen

39 Bericht des Deutschen Städte- und Gemeindetages über Aufgaben und Möglichkeiten zur Unterstützung der auslandsinformativen Arbeit, 06.09.1963, BA, DZ 4/149, unfol.

40 Bericht über die Teilnahme der Delegation der DDR an der ersten Generalversammlung der kontinentalafrikanischen Partnerstädte in Dakar/Senegal vom 17. bis 24.4.1962, BA, DY 13/2971, unfol.

41 Bericht über die Aussprache mit dem Generalbevollmächtigten Jean-Marie Bressand und dem leitenden Mitarbeiter in der Weltföderation Jean Rous (Anm. 30).

42 *FMVJ-Korrespondenzen*, Nr. 6 vom Juni 1966, BA, DY 13/2972, unfol.

43 *Hannoversche Presse*, 31.03.1964; *Neue Ruhr-Zeitung*, 31.03.1964.

Staaten die Übereinkunft mit dem Verweis auf den unpolitischen Charakter der FMVJ, den die Vereinbarung unterlaufe, geschlossen ab und ließen das Ergebnis des Treffens in Siegburg damit zur Makulatur werden<sup>(44)</sup>. Siegburg aber hinterließ einen tiefen Spalt innerhalb der FMVJ und Bressand schwenkte zunehmend auf die westdeutsche Entspannungspolitik ein. Nach der Regierungsübernahme der sozial-liberalen Koalition aus SPD und FDP in Westdeutschland im Jahre 1969 wurde mit Nördlingen (Bayern) bald seit langem wieder eine westdeutsche Stadt Mitglied der FMVJ. Bressand ließ es sich nicht nehmen, sich hierbei öffentlichkeitswirksam Seite an Seite mit Kanzler Willy Brandt (SPD) zu zeigen<sup>(45)</sup>. Aus Sicht des DStuG war die Hinwendung zu Brandt indes nur ein weiterer Beleg dafür, dass Bressand „die ideologische Konzeption des Imperialismus in die Arbeit der Föderation hineinzutragen“ beabsichtige<sup>(46)</sup>.

### 3. Europa des „Friedens“ und der „Sicherheit“ jenseits der NATO: Das Dresdner Kolloquium europäischer Kommunalpolitiker seit 1962

1962, als sich die FMVJ zunehmend von ihren Europabezügen entfernte und die DDR im Innern isoliert wurde, starteten führende DStuG-Funktionäre eine eigene Europa-Initiative. Bereits im April des Jahres richtete der Dresdner Oberbürgermeister Gerhard Schill, der zwei Jahre später den offiziellen Freundschaftsvertrag mit Coventry unterzeichnete, erstmals das Kolloquium europäischer Kommunalpolitiker aus, das bis 1974 ein alle zwei Jahre stattfindendes Highlight in der sächsischen Elbmetropole bildete. Anders als Seifried, der als wichtige Symbolfigur und Verbindungsmann des DStuG gegenüber der FMVJ agierte, gehörte Schill zu einer Generation Kommunalpolitiker, die keine persönlichen oder ideologischen Beziehungen zum Widerstand gegen den Nationalsozialismus hatten. Im Gegenteil, Schills Familie hegte vielmehr Sympathien für die Nazis, bereits 1930 war der gebürtige Chemnitzer als Fünfjähriger Mitglied der Hitlerjugend geworden, seine Kaufmannslehre brach er ab, um Kriegsdienst zu leisten, mit 18 Jahren wurde er 1943 Mitglied der NSDAP. 1945 desertierte er verwundet, kehrte in seine sächsische Heimat zurück und erlebte als junges Mitglied der SED, die händeringend Nachwuchskräfte für den sozialistischen Aufbau suchte, eine steile Karriere im entstehenden sozialistischen Staatsapparat, bis er 1961 mit 36 Jahren Oberbürgermeister von Dresden wurde<sup>(47)</sup>. Das von Schill initiierte Kolloquium baute auf Städtepartnerschaften und Kontakten auf, die über die FMVJ zustande gekommen waren, konzentrierte sich aber auf den fachlichen Austausch von Kommunalpolitikern, den die FMVJ ihren Mitgliedern nicht bot. Zugleich

44 FMVJ, Generaldirektion, Die deutschen Angelegenheiten und die FMVJ, streng intern, BA, DZ 4/148, unfol.

45 Weltföderation der Partnerstädte, Für eine neue Orientierung der französisch-deutschen Partnerschaften, 26.05.1970, BA, DY 13/2965a, unfol.

46 Beratung der Vertreter der sozialistischen Länder und der Vertreter der kommunistischen Parteien aus den kapitalistischen Ländern in Vorbereitung der Exekutivratstagung der FMVJ am 6.10.1966 in Le Locle/Schweiz, BA, DY 13/2965, unfol.

47 Mario NIEMANN, Andreas HERBST, „Schill, Gerhard (1925-2000)“, in: DIES., *SED-Kader. Die mittlere Ebene. Biographisches Lexikon der Sekretäre der Landes- und Bezirksleitungen, der Ministerpräsidenten und der Vorsitzenden der Räte der Bezirke 1946 bis 1989*, Paderborn/München/Wien/Zürich, Ferdinand Schöningh, 2010, S. 426f.

konnte Schill für „seine“ Stadt Dresden werben, wohl auch mit Blick auf die Konkurrenzstadt Leipzig, welche die internationale Messe ausrichtete und sich besonderer Beliebtheit bei Walter Ulbricht erfreute.

Das erste Dresdner Kolloquium stieß vor allem bei Kommunalpolitikern aus West-, Nord- und Südeuropa auf reges Interesse. Von 83 Teilnehmern stammten allein 54 aus fünf Staaten diesseits des „Eisernen Vorhangs“, zwei weitere kamen sogar aus der Bundesrepublik<sup>(48)</sup>. Ihre Präsenz in Dresden machte deutlich, dass Europa nicht am „Eisernen Vorhang“ Halt machte. Als großen Vorzug hob eine interne Auswertung der Veranstaltung hervor, dass überwiegend Kommunalpolitiker zu Wort gekommen seien, dass also – so der Subtext – die Veranstaltung nicht übermäßig ideologisch überfrachtet war<sup>(49)</sup>. „Europa“ fungierte in Dresden weniger als ideologisches Konzept, sondern als offener Diskursraum, der aber schon allein durch diese Symbolik ein Gegennarrativ zur DDR als abgeschottetem totalitären Staat und kommunistischem Schreckgespenst bot.

Das dritte Kolloquium 1966 legte indes erstmals grundlegende Konflikte zwischen den Teilnehmern offen. Zum einen hatte die Veranstaltung bereits seit dem zweiten Treffen 1964 einen Institutionalisierungsschub erfahren, indem das Kolloquium nunmehr von einem aus europäischen Kommunalpolitikern zusammengesetzten Internationalen Initiativkomitee vorbereitet wurde. Zum anderen stand die Veranstaltung unter zunehmendem Einfluss der Außenpolitik. Seit 1965 beanspruchte das MfAA selbst einen stärkeren Einfluss auf den inter-kommunalen Austausch. Das Außenministerium kartierte dabei auch „sein Europa“, das hier als politischer Raum von potentiellen Einflusszonen jenseits politischer Parteigrenzen erschien. Ziel war, Städteverbindungen nicht mehr auf kommunistische Hochburgen Westeuropas zu beschränken, sondern verstärkt liberale, konservative und christliche Kreise anzusprechen<sup>(50)</sup>. Maßgeblich motiviert war diese Entscheidung durch zunehmende Forderungen westdeutscher Kommunalpolitiker nach Beziehungen zu osteuropäischen Kommunen, was in der Westkommission des ZK der SED als Bedrohung für den internationalen Handlungsspielraum Ostdeutschlands wahrgenommen wurde<sup>(51)</sup>. Kommunalpolitische Gespräche wurden zunehmend mit politischen Diskussionen aufgeladen, die die Teilnehmer davon überzeugen sollten, dass ein friedliches und sicheres Zusammenleben in Europa auch ohne NATO möglich sei. Dies aber brachte westeuropäische Kommunalpolitiker aber an die Grenzen des Sagbaren. So notierte der Bericht des Kolloquiums von 1966, dass der fast 70jährige Präsident des Internationalen Initiativkomitees, der Bürgermeister von Châteauroux, Louis Deschizeaux, obwohl er Sozialist war, eine „gaullistische“ Europa-Linie vertreten habe. Er habe sogar mit seiner Abreise gedroht, wenn das Kolloquium eine politische Resolution

48 Liste der Teilnehmer am Kolloquium Europäischer Kommunalpolitiker in Dresden, 28./29.04.1962, BA, DY 30/94556, fol. 338.

49 Handschriftliche Auswertung des Kolloquiums 1962, *ebd.*, fol. 337.

50 Beschluß über die Arbeit auf dem Gebiete der kommunalen Beziehungen zum Ausland vom 26.3.1965, BA, DC 20/I/4/1101, unfol.

51 Beschluss über die Arbeit auf dem Gebiete der kommunalen Beziehungen zum Ausland – Vorlage 32, BA, DC 29/I/4/1084, unfol.

gegen den westdeutschen „Imperialismus“ und den Vietnam-Krieg verabschiede<sup>(52)</sup>. Solche Konflikte überschatteten die fachlichen Diskussionen zunehmend. Dazu kamen Konflikte mit der FMVJ, deren Führung das Kolloquium zunehmend als Konkurrenzveranstaltung auffasste, während sich die DDR innerhalb der Organisation immer weniger engagierte. Obwohl das Internationale Initiativkomitee 1966 erstmals offiziell eine Brücke zur FMVJ schlug, indem es deren Charta (Völkerverständigung, Völkerfreundschaft, Frieden, Nichtdiskriminierung) übernahm, schlug Bressand Alarm und warf den Veranstaltern vor, sich dem CEMR anzunähern. Damit rekurrierte er auf die Tatsache, dass die Veranstalter der Charta der FMVJ das Prinzip der europäischen Sicherheit hinzugefügt hatten<sup>(53)</sup>.

Sowohl die durch das MfAA bewirkte zunehmende Präsenz außenpolitischer Themen als auch die Vorwürfe seitens Bressand zeigen das Dilemma der Kolloquien. Indem sie explizit einen Europa-Bezug herstellten, konstituierten sie einen imaginierten Diskursraum, der die DDR in einen positiv konnotierten transnationalen Zusammenhang einordnete und Kontaktmöglichkeiten jenseits von Ost-West-Stereotypen offerierte. Dies trug durchaus zur kulturellen Aufwertung der DDR bei. Parallel aber bot der Europa-Bezug immer auch Angriffsflächen, indem er je nach Standort zugleich negativ aufgeladen werden konnte. Eine eindeutige Positionierung zu der Frage, in welchem „Europa“ die DDR zu Hause sei, vermieden die ostdeutschen Akteure, zu sehr fürchteten sie dadurch eine Einengung ihres Handlungsspielraums im Kampf um diplomatische Anerkennung. Es war daher folgerichtig, dass mit der Auflösung des DStuG 1974 auch die Kolloquien abgeschafft wurden.

## Fazit

„Europa“ konnte für die DDR in der Dekade vom Mauerbau bis zum Machtwechsel an der Spitze der Staats- und Parteiführung kaum mehr sein als ein Aktionsraum, der je nach Bedarf pragmatisch bestimmt wurde. Eine konkrete ideologische Verortung auf dem „Markt“ der mit „Europa“ assoziierten Raumdiskurse stand dagegen im Widerspruch zur besonderen Position der DDR als international isolierter Frontstaat des gespaltenen Europas. Während alle anderen Staaten des Kontinents diplomatisch anerkannt waren und sich aus dieser Position heraus räumlich-politisch in „Europa“ verorten konnten, war die Adressierung „Europas“ für die DDR immer mit der flexiblen Suche nach diplomatischen Kontakten verknüpft. In den frühen 1960er Jahren erwies sich die Verbindung von kommunalen und europäischen Räumen hierbei als vielversprechender Ansatz. Ost-West-Klischees konnten dadurch ausgeblendet werden, im Städtischen konnte die DDR als „normaler“ und weltoffener „europäischer“ Staat erscheinen. Zwar blieben die über Städtepartnerschaften geschlossenen Kontakte auf gesellschaftliche Gruppen West-, Nord- und Südeuropas begrenzt, die die Bildung supranationaler europäischer Institutionen ablehnten oder diesen zumindest skeptisch gegenüberstanden. Gleichwohl gelang es der DDR dadurch, ihren

---

52 Deutscher Städte- und Gemeindegtag der DDR, Bericht über das 3. Kolloquium europäischer Kommunalpolitiker in Dresden, 07.06.1966, BA, DY 30/99045, unfol.

53 Probleme in der Zusammenarbeit der Städte der DDR mit der FMVJ, 15.02.1967, BA, DY 13/2961, unfol.

Bewegungsspielraum über traditionelle ideologische Grenzen hinaus (sozialistische/kommunistische Parteien) zu erweitern. Die FMVJ unterstützte dies, indem sie die DDR als Teil einer die Grenzen des Kalten Krieges transzendierende „*imagined community*“ (Benedict Anderson) inszenierte. Jedoch mussten die ostdeutschen Vertreter hierbei lernen, dass dies nicht gleichbedeutend mit der internationalen Anerkennung der DDR war. Im Konflikt über den Umgang mit der DDR, der die FMVJ im Innern spaltete, entschied sich der Generalbevollmächtigte Jean-Marie Bressand letztlich für den Zusammenhalt der französisch-senegalesischen Führungsspitze, während er die DDR auf Distanz hielt, obgleich er damit eine neue interne Lagerbildung entlang der Klischees des Ost-West-Konflikts heraufbeschwor und das eigene Neutralitätsprinzip konterkarierte. Die bereits seit 1962 bewirkte Loslösung der FMVJ von europäischen Bezügen hin zum internationalen „Humanitarismus“ schließlich bedeutete aus ostdeutscher Perspektive eine weitere Einengung ihres europäischen Handlungsspielraums. Als Reaktion darauf wurden die Dresdner Kolloquien der europäischen Kommunalpolitiker 1962 ins Leben gerufen, die zunächst jenen europäischen Diskursraum abbildeten, den die FMVJ nicht mehr bot. Auch hier mussten die ostdeutschen Protagonisten aber bald die Erfahrung machen, dass die transnationale *Community* dann in unauflösbare Konflikte geriet, sobald aus dem Diskursraum ein politischer Raum „Europa“ wurde. Raum-politische Europa-Bezüge waren für die DDR damit stets ein Grenzgang und es war (neben der baldigen Anerkennung der DDR durch immer mehr westliche Staaten) wohl diese Einsicht, die dazu beitrug, dass die Bezugnahme auf europäische Raumkonzepte in der ostdeutschen (kommunalen) Außenpolitik nach dem Machtwechsel von Walter Ulbricht zu Erich Honecker (1971) keine Rolle mehr spielen sollten.

### Zusammenfassung

*In der historischen Forschung sind Europa-Bilder in der Außenpolitik der DDR bislang nicht untersucht worden. Vielmehr besteht weitgehend Einigkeit darüber, dass die SED und „ihre“ Institutionen keine eigenständige Europa-Idee entwickelten oder präferierten. Die häufig unterstellte Homogenität des SED-Staates versperrt jedoch den Blick für Akteure innerhalb des Regimes, die sich nicht nur auf Europa beriefen, sondern dieses Raumkonzept auch politisch nutzbar machen wollten. Vor allem im Feld der kommunalen Außenpolitik keimten solche Ansätze auf. Eine besondere Rolle spielte hierbei die Mitgliedschaft von ostdeutschen Städten in der Fédération mondiale des villes jumelées (FMVJ). In dem die FMVJ Vertreter über ideologische Parteigrenzen hinweg versammelte und ins Gespräch brachte, konnte die DDR erstmals als Teil eines imaginierten „Europas“ erscheinen. Der Beitrag untersucht, welche Chancen sich damit für die DDR verbanden und an welche Grenzen die Protagonisten stießen.*

### Résumé

*Les conceptions de l'Europe dans la politique étrangère de la RDA ont jusqu'à présent été peu étudiées. Au contraire, beaucoup s'accordent à considérer que le SED et ses « institutions » ne développèrent pas ou ne privilégièrent pas une idée de l'Europe qui leur soit propre. L'idée préconçue d'une homogénéité de l'État et des institutions*

centrales empêche néanmoins de prendre en considération d'autres acteurs du régime, au sein desquels de telles approches spécifiques furent initiées. Cela a notamment été le cas dans le domaine de la politique étrangère locale qui a permis une interaction entre les acteurs locaux, intermédiaires, nationaux et transnationaux. À partir de 1960, l'adhésion de plusieurs villes de l'Allemagne de l'Est à la Fédération mondiale des villes jumelées (FMVJ) a joué de ce point de vue un rôle majeur. Dès lors que cette organisation visait à dépasser les frontières idéologiques entre les partis et les stéréotypes Est-Ouest, l'Allemagne de l'Est apparut comme partie intégrante d'une « Europe » imaginée. Cet article explore et discute les opportunités qui s'offrirent pour la RDA et les limites auxquelles les protagonistes ont été confrontés.

### **Abstract**

*Studies dealing with East German foreign policy traditionally negate the relevance of addressing images of Europe as a political approach to overcome diplomatic isolation. Yet, since they focus almost only on central institutions as sole servants of the Socialist Unity Party's inner circle, they fail to take into account actors within the regime that were on the forefront of developing such concepts. This was especially the case in the field of local foreign policy which worked as an interplay between local, intermediary, national and transnational actors. An important vehicle enabling transnational contacts was the membership of East German cities within the Fédération mondiale des villes jumelées (FMVJ) starting in 1960. Since this organization aimed at transcending ideological party lines and East-West-stereotypes, East Germany here appeared as an integral part of an imagined "Europe". This article explores and discusses the opportunities and limitations of these entanglements.*